

Hajo Riese Geld im Sozialismus

Zusammenfassung: Das realgeschichtliche Dilemma des Sozialismus, in Systemkonkurrenz mit dem Kapitalismus bestehen zu müssen, zwingt die sozialistischen Länder in die Alternative zwischen kapitalistischer Dynamik oder – im Rahmen einer Planungsökonomie – in den Status eines Entwicklungslandes. Weltmarktbedingungen erschweren dabei die Durchsetzung der ersten Alternative. Im Fall der DDR kommt hinzu, daß die Abwanderungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte eine eigenständige Entwicklung erschweren.

I. Planungsökonomie und Geldwirtschaft

Verlorener Sozialismus. Es gehört zu den tiefsitzenden Widersprüchen einer Linken, einem Sozialismus nachzutraumern, den sie stets abgelehnt hat. Auch wenn lebensgeschichtliche Zusammenhänge, allen voran das generelle Bekenntnis zum Sozialismus, den Widerspruch verständlich machen, so können sie dennoch nicht den Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Ortsbestimmung eines wie auch immer definierten Sozialismus bilden. So erlaubt gerade eine historisch-materialistische Analyse als ein genuiner methodischer Ansatz der linken Position eine Deduktion des Versagens des »real existierenden« Sozialismus (wie aller anderen, als Kopfgeburt entstandenen – und damit im Sinne von v. Hayek konstruktivistischen – Konzeptionen des Sozialismus).

Denn wie skeptisch man aus der Perspektive des ausgehenden 20. Jahrhunderts den Marxismus – und hier allem voran seine dem Denken des 19. Jahrhunderts verhaftete Entwicklungsidee – auch beurteilen mag, so ist ihm dennoch zugute zu halten, daß er nicht die Vorstellung hatte, der Sozialismus würde sich in einer Systemkonkurrenz zum Kapitalismus durchsetzen. Die Vorstellung von einem *Wettbewerb der Systeme* ist ein Topos der bürgerlichen Ökonomie; insbesondere der neoklassischen und institutionalistischen Ökonomie; mithin reflektiert ein Denken, das eine Niederlage des Sozialismus konstatiert, deren Kriterien.

Fraglos hat Marx' (und Engels') Verknüpfung der Formierung der bürgerlichen Gesellschaft mit der Industrialisierung als globales Entwicklungsmuster, das in die millenaristische Verheißung sozialer Revolutionen mündet, im Angesicht der Realität der russischen Oktoberrevolution (und der Expansion des Sozialismus im Gefolge des 2. Weltkrieges) den Gedanken einer Systemkonkurrenz nahegelegt (ohne daß dabei die millenaristische Verheißung von einem Endsieg des Sozialismus preisgegeben werden mußte); aber gerade aus einer historisch-materialistischen Perspektive wird der Marxismus an dieser Stelle am fragwürdigsten. Die Gegenposition, daß die russische

Oktoberrevolution nichts mit Marxismus zu tun habe, ist überzeugender: Sie impliziert die Anwendung der historisch-materialistischen Analyse auf den Sozialismus und erlaubt damit eine auf sie aufbauende Theorie seines Scheiterns.

Im Kontext der neoklassischen Theorie vertritt insbesondere *Euckens* bereits in den 40er Jahren konzipierte Ordnungstheorie (Eucken, 1940) das Konzept eines Systemvergleichs (als eine positive Theorie, deren normatives Pendant in der ORDO-Idee einer naturrechtlich begründeten Überlegenheit einer durch die Handlungen der Individuen fundierten dezentralen Ökonomie mündet). Aber auch wenn ihr Einfluß dank der (methodisch) fragwürdigen Verknüpfung von positiven und normativen Bausteinen im wesentlichen auf den deutschsprachigen Raum beschränkt war – hier war allerdings der Einfluß groß, da die aus ihr entstandene Freiburger Schule quasi die »offizielle« Staatstheorie der Aufbauphase der Bundesrepublik bildete – so spiegelt sie dennoch in der Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft, die sich durch die unterschiedlichen Träger von Plänen – hier die Individuen, da die Zentrale – begründen, generelles neoklassisches Denken wider, indem das *Organisationsprinzip der Ressourcenallokation* zum konstitutiven Merkmal der Wirtschaftsordnung stilisiert wird.

Bei Eucken ist denn auch nicht von Kapitalismus und Sozialismus, sondern von »freier Verkehrswirtschaft« und »zentralgeleiteter Verwaltungswirtschaft« die Rede¹ – ein untrügliches Indiz dafür, daß es um die zweckmäßige Organisationsform einer auf die Optimierung zielenden Ressourcenallokation geht.

Aber nicht nur die in der Ordnungstheorie angelegte Dichotomie des Organisationsprinzips, sondern auch die moderne Vorstellung von unterschiedlichen Graden eines Staatsinterventionismus folgt neoklassischem Denken. Modern ist diese Vorstellung deshalb, weil sie von der Evidenz staatlicher Eingriffe in jeder Wirtschaftsverfassung ausgeht, die es erlaubt, wie beispielsweise bei dem ungarischen Reformökonom *Kornai* angelegt, Positionsunterschiede zwischen westlichen und östlichen Ökonomen, aber auch zwischen östlichen Ökonomen, auf eine unterschiedliche Gewichtung erwünschten Staatsinterventionismus, von konservativem *laissez-faire* bis zu linkem Interventionismus, zurückzuführen (Kornai, 1988). In ein politisches Programm transformiert, läßt sich dann irgendeine Planwirtschaft als ein Modell des Staatsinterventionismus interpretieren, das die Unterschiede in der Wirtschaftsverfassung in irgendeiner Form extrapoliert.

Dieser Gradualismus entspringt deshalb neoklassischem Denken, weil wie in der Ordnungstheorie das Organisationsprinzip der Ressourcenallokation das Systemkriterium bildet. Marktwirtschaft und Planwirtschaft bilden die Referenzgröße: Bei *Eucken* als Idealtypen, bei *Kornai* als Extreme des Staatsinterventionismus. Der Gradualismus nähert sich dabei dank seiner etatistischen Orientierung einer institutionalistischen Ökonomie, die insbesondere in den 60er Jahren durch die (damals vor allem mit den Namen *Galbraith* und *Tinbergen* verbundene) These von einer *Konvergenz der Systeme* Einfluß hatte. Auch wenn es um diese These zu Recht still geworden ist, weil sie die typische Schwäche einer institutionellen Ökonomie reflektiert, zwar zeitbedingte Phänomene aufzugreifen, dank des Fehlens eines (wert-)theoretischen Fun-

daments aber zugleich zeitbedingt zu bleiben. Im Fall des Konvergenztheorems hat sie übersehen, daß ungeachtet der Etablierung bürokratischer Großunternehmen sowohl in Ost als auch in West diese höchst unterschiedlichen Marktbedingungen gegenüberstehen. Ungeachtet des Fehlens einer Markttheorie aber basiert das Konvergenztheorem wie die Ordnungstheorie auf dem methodischen Prinzip eines Systemvergleichs, wenn auch nicht in Form der Systemkonkurrenz.

Die Bindung der *Systemkonkurrenz* an die neoklassische Ökonomie, kristallisiert in der Dichotomie von Marktwirtschaft und Planwirtschaft, erhält ihren methodischen Stellenwert dadurch, daß sie mit der Abwendung von der *Systemfrage*, der Frage nach den Existenzbedingungen der Wirtschaftssysteme, die man mit Kapitalismus und Sozialismus zu bezeichnen pflegt, einhergeht. Diese Reduktion ist besonders deutlich in *Kornais* Gradualismus angelegt, der nunmehr unterschiedliche Ausprägungen des Staatsinterventionismus kennt, findet sich aber in gleicher Weise in *Euckens* Gegenüberstellung von »freier Verkehrswirtschaft« und »zentralgeleiteter Verwaltungswirtschaft«. Man kann diesen Umstand auch so ausdrücken, daß nicht mehr die unterschiedlichen Existenzbedingungen von Wirtschaftssystemen – hier Kapitalismus, da Sozialismus – und die sich daraus ergebenden Funktionsbedingungen zur Diskussion stehen, sich vielmehr die Universalität des Wirtschaftens (als Naturnotwendigkeit des Menschen) in verschiedenen Organisationsformen – sei es in bezug auf die Träger der Pläne, sei es in bezug auf Form und Grad des Staatsinterventionismus – manifestiert. Die Frage nach dem Wirtschaftssystem ist damit ihres historischen Kontexts entkleidet; an dessen Stelle tritt ein Funktionalismus, der nunmehr die Zweckmäßigkeit von Organisationsformen thematisiert. Als Konsequenz tritt der funktionelle Topos der Systemkonkurrenz an die Stelle der historischen Bedingungen eines Wirtschaftssystems – und zwingt die Kritiker des Kapitalismus, die die Notwendigkeit dieser Unterscheidung übersehen, in die methodisch absurde Position, die funktionelle Durchsetzung der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft historisch als Niederlage des Sozialismus zu interpretieren.

Der Hinweis, daß der Topos der Systemkonkurrenz mit seiner Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft neoklassisches Denken widerspiegelt, erhält seine Bedeutung dadurch, daß sich an der formalen Struktur der diesem Denken entsprechenden Theorie der Ressourcenallokation die Reduktion der Systemfrage auf die Zweckmäßigkeit von Organisationsformen zeigen läßt. Entscheidend ist dabei, daß die neoklassische Ökonomie die Verfügbarkeit über Güter und Ressourcen in den Mittelpunkt der Werttheorie rückt. Verfügung über Mengen, allen voran über eine Erstaussattung, ist deshalb das große Thema der neoklassischen Allokationstheorie. Aber die Bindung der Allokation an eine vorgegebene Ausstattung macht sie zu einer *Theorie des Besitzes*, eben der Verfügung über einen Besitz, die die Rolle des Eigentums, allen voran des Eigentums an Produktionsmitteln, als Moment der Allokation ausblendet.

Der Reduktionismus der neoklassischen Ökonomie erweist sich damit nicht als bloße Einschränkung der Fragestellung, sondern zugleich als methodischer Defekt, der sich aus der Annahme ergibt, man könne die Frage der Allokation unabhängig von der

Form des Eigentums an Produktionsmitteln lösen – eine Annahme im übrigen, die allgemein das politisch-ökonomische Denken unseres Jahrhunderts prägt (sich entsprechend auch im Institutionalismus Galbraith-Tinbergenscher Prägung wie generell im sozialdemokratischen Etatismus zeigt). Allokationstheoretisch kristallisiert sich dabei die Eigentumsform im Zinsanspruch, einem *Zinsanspruch*, der nicht aus der Allokation von Ressourcen ableitbar ist² und sich damit der Erfassung als Entgelt für die Verfügung über (und folglich für den Besitz an) Ressourcen entzieht.

An dieser Stelle setzt dieser Essay ein. Ausgehend von dem Postulat der monetär-keynesianischen Ökonomie, wie sie von der Berliner Schule vertreten wird, daß sich ein Zinsanspruch allokationstheoretisch allein aus den Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft begründen läßt³, wird die Dichotomie von Geldwirtschaft mit einer privaten Aneignung des Zinsanspruchs und Planwirtschaft mit einer gesellschaftlichen Aneignung des Zinsanspruchs der tradierten Dichotomie von Marktwirtschaft und Planwirtschaft entgegengesetzt. Damit zeigt sich, daß der methodische Defekt der neoklassischen Ökonomie, die Eigentumsform auszublenden, zu einer *falschen Alternative* führt, indem an die Stelle einer Geldwirtschaft eine Marktwirtschaft tritt⁴. Die Konsequenzen dieser Korrektur zur Beurteilung der Funktionsbedingungen einer Planwirtschaft – als einer Nichtgeldwirtschaft – werden den Inhalt dieses Essays bestimmen.

Die Einbettung der Eigentumsform in die Allokationstheorie impliziert, daß die Begriffe Sozialismus und Planwirtschaft unterschiedliche methodische Ebenen repräsentieren, wobei Sozialismus eine bestimmte, historisch gewachsene Gesellschaftsformation und, selbstverständlich, aus einer ideengeschichtlichen Perspektive eine entsprechende Utopie charakterisiert, während Planwirtschaft eine Ökonomie mit gesellschaftlicher Aneignung des Zinsanspruchs ausdrückt.

Diese Abgrenzung ist aus zwei Gründen bedeutsam. Zum einen erlaubt sie, als Theorie der Planwirtschaft bzw., formaler ausgedrückt, als Theorie der Planungsökonomie, deren Funktionsbedingungen (im Vergleich zu denjenigen der Geldwirtschaft) zu analysieren und damit der Systemkonkurrenz den methodischen Ort zuzuweisen; der ihr gebührt, während einer Theorie des Sozialismus der historisch-materialistische (wie generell ein ideengeschichtlicher) Part zugewiesen wird. Dieser Essay beschäftigt sich dabei mit der Gegenüberstellung von Planungsökonomie und Geldwirtschaft. Zum anderen vermeidet die Abgrenzung einen Voluntarismus, der sich derzeit auszubreiten droht, indem die Planwirtschaft als degenerierte Form des Sozialismus (»Stalinismus«) apostrophiert und ihr ein »reformierter« Sozialismus gegenübergestellt wird. Dieser bleibt deshalb bloßer Voluntarismus, weil er keiner wert- und markttheoretischen Fundierung zugänglich ist. Damit aber bildet er eine methodische Sackgasse, die ihn an die tradierte Vorstellung von der Dominanz des Organisationsprinzips anknüpfen läßt – das Konzept der Perestroika propagiert nicht ohne Grund den *Pluralismus der Organisationsformen* – mithin die Rolle der Eigentumsform als konstitutives Moment des Wirtschaftssystems in den Hintergrund tritt und, als Konsequenz, die Systemkonkurrenz wiederum jenen Stellenwert erhält, durch den die Theorie des Sozialismus zur wissenschaftlichen Rechtfertigung von Pragmatismus

degeneriert und der »real existierende« Sozialismus, wie immer er auch aussehen mag, seine Maßstäbe vom Kapitalismus bezieht.

II. Kritik der Planungsökonomie

Das Versagen des Sozialismus ist deshalb ein Versagen der Planungsökonomie, weil allein die spezifische Ausgestaltung der Planungsökonomie jene Funktionsbedingungen schafft, die eine gesellschaftliche Aneignung des Zinsanspruchs verlangen. Man kann diesen Umstand auch so ausdrücken, daß im Sozialismus die Planung (genauer gesagt, eine Mengenplanung der Zentrale, die zugleich administrierte Preise verlangt) die Kohärenz des ökonomischen Systems herstellt – ihr, in übliche ökonomische Termini übertragen, das makroökonomische Fundament liefert. Entsprechend ist eine Geldökonomie dadurch definiert, daß Geld die Kohärenz des ökonomischen Systems herstellt – Geld die generelle Budgetrestriktion des Marktsystems bildet und dadurch Makroökonomie konstituiert – und dann das Knapphalten von Geld zum Garanten der Kohärenz des ökonomischen Systems wird. (Inflation indiziert deshalb stets eine Aushöhlung der Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft.) Im Zentrum der Planungsökonomie steht deshalb die Planungspolitik, konkretisierbar auf die Planerfüllung, im Zentrum der Geldökonomie die Geldpolitik, allen voran die Regulierung der individuellen Verfügung über Geld.

Es kann nicht deutlich genug darauf hingewiesen werden, daß beide Wirtschaftssysteme eine innere Konsistenz aufweisen, indem Mengenplanung und Knapphalten von Geld die jeweils systemkonformen Instrumente der Sicherung des ökonomischen Systems bilden und dadurch eine Planwirtschaft oder eine Geldwirtschaft begründen. Das Versagen des Sozialismus beruht somit keineswegs auf einer Aporie der Funktionsbedingungen der Planungsökonomie. Es ist deshalb bedeutsam, auf diesen Umstand hinzuweisen, weil alle Reformkonzepte, die in irgendeiner Weise Planung und Markt (als Moment individueller Betätigung außerhalb der Planung) zu verbinden versuchen, explizit und implizit eine derartige Aporie unterstellen und durch die Einführung von Marktelementen in die Planung zu heilen suchen.

Damit aber übersieht die Reformdiskussion, daß die Einführung von Marktelementen die Inthronisierung von Geld als Garanten der Kohärenz des ökonomischen Systems verlangt. Ihre entscheidende Schwäche besteht darin, daß sie die Frage nach der Kohärenz des ökonomischen Systems entweder überhaupt nicht aufwirft oder lediglich als Phänomen eines monetären Überbaus der Produktion behandelt. Ein derartiges Ware-Geld-Gleichgewicht aber bleibt ein Instrument der Planungsökonomie, reflektiert die Dominanz der Mengenplanung der Zentrale, nicht jedoch die Funktionsbedingungen einer Ökonomie autonomer Marktbeziehungen, deren Kohärenz (das Knapphalten von) Geld herstellt.

So interpretiert, ist die flapsige Bemerkung, »es gäbe genausowenig ein bißchen Marktwirtschaft wie es ein bißchen Schwangerschaft gäbe«, durchaus korrekt. Es zeigt sich, daß der methodische Defekt einer Gegenüberstellung von Planwirtschaft und Marktwirtschaft darin liegt, daß nicht diese Idealtypen der Realität durch Formen

und Grade des Staatsinterventionismus das Selektionskriterium liefern, vielmehr die Frage entscheidend ist, ob Planung oder Geld die Kohärenz des ökonomischen Systems herstellt. Sie konstituiert die Systemfrage, eine Dichotomie von Planungs- und Geldpolitik, zu der es keine Alternative gibt.

Das Versagen des Sozialismus resultiert nicht aus den inneren Funktionsbedingungen der Planungsökonomie, sondern aus seiner Unfähigkeit, in der Systemkonkurrenz mit dem Kapitalismus bestehen zu können. Insofern weist dieses Versagen eine realgeschichtliche, keine immanent-theoretische Qualität auf. Diese Unfähigkeit hat einen doppelten Aspekt. Der eine Aspekt besteht darin, daß sich die Normen der liberalen Ökonomie im ausgehenden 20. Jahrhundert als geschichtsbildend erweisen und damit eine Planungsökonomie ins Hintertreffen gerät, die auf der Verletzung dieser Normen beruht. Fehlende Autonomie der Individuen, allen voran der Betriebe, Ineffizienz der Allokation, Mangelwirtschaft und, als dynamisch-evolutionäres Supplement, geringe Innovationskraft sind dabei die einschlägigen Topoi dieser Normverletzung. Das bedeutet keineswegs, daß der Kapitalismus diese Normen erfüllt. Der Einwand, daß sich die Realität des Kapitalismus den Normen der liberalen Ökonomie entziehe (und demzufolge die liberale Ökonomie die Realität des Kapitalismus nicht zu erfassen vermöge), bleibt unberührt. Entscheidend ist allein das realgeschichtliche Argument, daß ein Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus ins Hintertreffen geraten muß, wenn er die Normen der liberalen Ökonomie übernimmt und damit deren Verletzung als Systemkriterium einführt. Von dieser Aporie wird die gegenwärtige Diskussion über Reformsozialismus bestimmt.

Der zweite Aspekt der Unfähigkeit, in der Systemkonkurrenz zu bestehen, ergibt sich aus der in den beiden letzten Jahrzehnten in fast allen sozialistischen Ländern registrierbaren sukzessiven Aushöhlung der Planungsökonomie. Sie firmiert unter dem Begriff *Inflation im Sozialismus*. Dies bedeutet, daß neben der Planungsökonomie eine Marktbedingungen unterliegende Zweitökonomie entsteht (und sich ausdehnt), die entweder durch Güter und Ressourcen der Planungsökonomie oder des (kapitalistischen) Auslandes gespeist wird, wobei zugleich eine Zweitwährung (einer durch Knapphalten von Geld charakterisierten Geldwirtschaft) entsteht. Dieser Prozeß ist derzeit in Jugoslawien, Polen und der UdSSR schon weit fortgeschritten. Der Unterschied zur Inflation im Kapitalismus liegt dabei in der Genesis einer die Systemkonkurrenz bestimmenden Zweitökonomie: Während ein fortschreitender Inflationsprozeß dort dank der Aushöhlung der Geldfunktion in eine Währungsreform mündet, sprengt er hier das System, weil er eine Substitution der Planungsökonomie durch eine Geldökonomie, wenn auch eine das Allokationsprinzip des Knapphaltens von Geld verletzende Geldökonomie bedeutet. Die Systemkonkurrenz erhält dabei entscheidendes Gewicht durch die offensichtliche (sich allerdings aus den Funktionsbedingungen einer Planungsökonomie ergebende) Schwierigkeit, das Ware-Geld-Gleichgewicht wieder herzustellen, um die Zweitökonomie auszutrocknen und dadurch die Dominanz der Planungsökonomie zu erneuern.

Der erste Aspekt der Verletzung der Normen der liberalen Ökonomie hat dabei grundsätzliche Bedeutung, weil er die inneren Funktionsbedingungen der Planungsökono-

mie berührt. Von den drei oben thematisierten Normen⁵ steht dabei das Autonomiepostulat auf dem Boden der klassischen Ökonomie. Es drückt sich im Prinzip individueller Reproduktion, hier beschränkt auf den Betrieb, aus. Man spricht auch vom Kostendeckungsprinzip. Seine Verletzung, die sich im Auseinanderklaffen von Preisen und Kosten manifestiert, reflektiert dabei nicht allein das sozialpolitische Postulat einer billigen Befriedigung von Grundbedürfnissen, allen voran der Wohnungsmiete und bestimmter Nahrungsmittel, denen dann »überhöhte« Preise für nichtlebensnotwendige Konsumgüter entsprechen, sondern bildet auch ein gewichtiges Instrument der Zentrale bei der Kontrolle des Gleichgewichts der Ware-Geld-Beziehungen und wird dadurch zum Garanten der Funktionsfähigkeit der Planungsökonomie (Dembinski 1988, S. 288 ff.).

Die Verletzung des Kostendeckungsprinzips (und des Prinzips der uneingeschränkten wirtschaftlichen Rechnungsführung als ihres institutionellen Pendant) ist fraglos der dominierende Topos der Reformdiskussion – zu Unrecht, wie bereits angedeutet und noch ausführlich zu thematisieren sein wird. In dieser Dominanz drückt sich die Orientierung der Reformdiskussion insbesondere in den sozialistischen Ländern an der klassischen Werttheorie, allen voran einer kostenorientierten Preisbestimmung, aus. Die Normverletzung beinhaltet dabei angesichts des Umstandes, daß ein niedriger Preis eine hohe nachgefragte (und damit von der Zentrale zu planende) Menge bedingt, ein Moment der Verschwendung, das um so gravierender wird, je stärker ein Gut nicht nur dem Konsum dient, sondern auch als Produktionsmittel verwendbar ist. Die Beseitigung der Normverletzung verlangt demzufolge eine Preisreform, die die Preise den Kosten annähert⁶ – sie bildet denn auch das große Thema der innersozialistischen Reformdiskussion – und damit eine uneingeschränkte wirtschaftliche Rechnungsprüfung, soweit sie sich auf die Produktion der Betriebe bezieht.

Es gehört zu den weitestverbreiteten (und folgenschwersten) Irrtümern der Reformdiskussion anzunehmen, daß eine Realisierung des Kostendeckungsprinzips zugleich ökonomische Effizienz bedeutet. Effizienz steht im Kontext der neoklassischen Ökonomie, nicht der klassischen Ökonomie. Entsprechend bedeutet Ineffizienz eine Verletzung der Normen der neoklassischen Version der liberalen Ökonomie. Das Effizienzpostulat zielt dabei auf den optimalen – in letzter Konsequenz nutzenmaximalen – Einsatz einer vorgegebenen Ressourcenausstattung. Seine Realisierung verlangt aus einer markttheoretischen Perspektive, daß die Preise die Knappheit der Ressourcen und (produzierten) Güter reflektieren. Dabei bleibt der Allokationsmechanismus an die Verfügung über Mengen gebunden, die für das einzelne Individuum bei gegebenen Preisen erfolgen (Individuallösung) und für den Markt insgesamt die Preisbildung einschließen (Marktlösung).

Die neoklassische Ökonomie liefert damit auf der Grundlage der Logik von Preis-Mengen-Beziehungen eine *Ökonomie der Marktteilnahme*. Logik der Preis-Mengen-Beziehungen heißt dabei, daß Bedürfnis (Nutzen, Nachfrage) und Seltenheit (Ersatzausstattung an Ressourcen, Angebot) ein Gut ökonomisieren, das dadurch einen Preis (verstanden als Tauschverhältnis zwischen Gütern) erzielt. Damit konstituieren Bedürfnis und Seltenheit über die Verfügung über Mengen *Knappheit* und ermöglichen

unter Konkurrenzbedingungen einen Tauschprozeß, der zu einer durch die Absenz weiterer Tauschgewinne definierten effizienten Allokationslösung führt.

Damit aber ist Effizienz als eine *Loslösung* der Preise von den Kosten gekennzeichnet, wird aber gerade nicht, wie es die auf das Kostendeckungsprinzip recurrierende Reformdiskussion will, durch eine Bindung der Preise an die Kosten bestimmt⁷. Die Loslösung der Preise von den Kosten bedeutet, daß die Anbieter einen Knappheitsgewinn erzielen – von *Marshall* als Quasirente bezeichnet⁸. Entscheidend ist dabei, daß dieser Ansatz den Allokationsmechanismus der klassischen Ökonomie vom Kopf auf die Füße stellt: Es sind nicht mehr die Kosten, die die Preise bestimmen (und die Verfügung über Mengen klären), sondern es ist umgekehrt die Verfügung über Mengen, durch die sich die Kosten den Preisen anpassen. Damit aber werden die Dispositionen der Individuen zur notwendigen Bedingung ökonomischer Effizienz.

Das aber heißt, daß die Planungsökonomie die Norm ökonomischer Effizienz in zweifacher Hinsicht verletzt: Zum einen durch die Administrierung von Preisen, zum anderen durch eine Mengenplanung, die die Logik der Preis-Mengen-Beziehungen zerschneidet. Von diesen beiden Normverletzungen hebt die Einführung des Kostendeckungsprinzips bestenfalls die zweite auf. So führt eine freie Preisbildung zu Knappheitspreisen, nicht zu Kostenpreisen. Und es führt kein Weg daran vorbei, daß Effizienz an die Ökonomie der Marktteilnahme gebunden ist. Diese aber verlangt eine freie Preisbildung. Effizienz erfordert damit keine Preisreform, sondern eine *Preisbildungsreform*, eine Reform, die die Preisbildung dem Markt überläßt.

Lediglich für den Fall einer generellen Unterbeschäftigung der Ressourcen, allen voran an Arbeit, besteht kein Widerspruch zwischen Kostendeckungsprinzip und ökonomischer Effizienz. Dann nämlich erlaubt eine Administrierung von Preisen nach dem Kostendeckungsprinzip einen Verzicht auf eine Mengenplanung der Zentrale, da die den Preisen entsprechende Nachfrage auf ein im Prinzip unbegrenztes Angebot stößt. Aber Unterbeschäftigung ist, worauf noch einzugehen sein wird, ein Topos der Geldökonomie, gerade aber nicht der Planungsökonomie. Damit aber zeigt sich, daß das Kostendeckungsprinzip kein Ausdruck für die Etablierung von Marktbeziehungen ist, sondern der Logik einer Planungsökonomie entspricht. Ob es akzeptiert oder verletzt wird, berührt allein die Allokation von Gütern und Ressourcen *innerhalb* einer Planungsökonomie. In jedem Fall bleibt (angesichts der Vollbeschäftigung der Ressourcen) eine makroökonomische Mengenplanung erforderlich. Das aber heißt, daß die Mengenplanung der Zentrale die Stelle des Effizienzpostulats einnimmt, das in einer Planungsökonomie angesichts des Umstandes, daß Preise nicht Knappheit, sondern (Abweichungen von den) Kosten reflektieren, keine Wirksamkeit entfalten kann. Damit übernimmt im Sozialismus die Mengenplanung der Zentrale jene Allokationsfunktion, die im Kapitalismus den Preisen zukommt.

Die eine Planungsökonomie kennzeichnende Mangelwirtschaft steht als dritte Normverletzung im Kontext der keynesianischen Ökonomie, weil sie das Spiegelbild einer Überschuwirtschaft, charakterisiert durch ein Überschußangebot an Ressourcen, gemeinhin als Unterbeschäftigung bezeichnet, bildet. Dabei bedingt der Umstand, daß Geld die Konsistenz des Marktsystems herstellt, Unterbeschäftigung und begrün-

det dadurch den Kapitalismus als ein System von Käufermärkten. Entsprechend verlangt der Umstand, daß die Planung von Gütern und Ressourcen die Kohärenz des Marktsystems garantiert, deren Überbeschäftigung und begründet dadurch den Sozialismus als ein System von Verkäufermärkten.

Das Kohärenzprinzip bestimmt deshalb den Markttyp, weil es die Allokationsbedingungen steuert⁹. Die Lenkungsfunction des Geldes gegenüber der Gütersphäre verlangt eine Unterauslastung der Ressourcen (mit der Konsequenz der Existenz von Käufermärkten), weil allein diese das Ressourceneinkommen auf ein Maß beschränken kann, das eine Realisierung des Zinsanspruchs erlaubt¹⁰. Als Konsequenz wird die Allokation von Ressourcen durch ihre *Nachfrage* (und nicht, wie in der klassischen Ökonomie, durch ihr *Angebot*) begrenzt, da sie sich nicht an einer alternativen Verwendung der Ressourcen, sondern an etwas Drittem, eben an Geld, orientiert.

Die Planungsökonomie unterscheidet sich von einer Geldwirtschaft darin, daß Ressourcen (über die Planung) anstatt Geld die Lenkungsfunction ausüben. Dieses bedeutet jedoch keineswegs, daß die Planungsökonomie von den Normen der liberalen Ökonomie her gesehen an den Kriterien der (die Vollbeschäftigung von Ressourcen voraussetzenden) neoklassischen Ökonomie gemessen werden müßte¹¹. Vielmehr konstituiert die keynesianische Ökonomie ein universelles Prinzip des Wirtschaftens, indem die Vermögenshaltung der Ressourcenallokation die Norm setzt: Da jedoch in der Planungsökonomie Ressourcen und nicht Geld die Dominanz ausüben, bezieht sich die Vermögenshaltung nicht auf Geld, sondern auf Güter. Das Horten von Gütern wird zum konstitutiven Merkmal des Sozialismus. Das Ergebnis sind Verkäufermärkte oder ist, als der für den Sozialismus einleuchtendere Begriff, eine Mangelwirtschaft.

Damit macht der ressourcenorientierte Charakter des Lenkungsmechanismus der Planung Güter zum Argument der Vermögenshaltung. Entsprechend findet der Umstand, daß Ressourcen dem ökonomischen System die generelle Knappheitsbedingung liefern, sein Spiegelbild in einem Überschußangebot an Geld. Nicht Geld übt, sondern Güter üben die Geldfunction aus. Damit entspricht einem kapitalistischen Gleichgewicht auf dem Vermögensmarkt mit der Implikation eines Überschußangebots an Gütern ein sozialistisches Gleichgewicht auf dem Ressourcenmarkt mit der Implikation eines Überschußangebots an Geld: Das ist der theoretische Ausdruck dafür, daß in einer Planungsökonomie Geld reichlich ist, Güter aber knapp sind.

Es zeigt sich, daß sich der marktlogische Kern einer Mangelwirtschaft auf ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt stützt, wobei der Mangel daraus resultiert, daß ein Teil der Verfügung über Ressourcen der Vermögensbildung dient. Dabei drückt die Gleichgewichtskonstellation die Logik der Planungsökonomie aus. Dieser Befund ist deshalb von erheblicher theoretischer Relevanz, weil er den spezifischen Gehalt einer *keynesianischen Theorie des Sozialismus* angibt: Er besteht darin, daß die Güterhortung kein Defizit, sondern ein Funktionsprinzip des Sozialismus darstellt. Zugleich zeigt sich, daß eine Planungsökonomie dadurch den Charakter einer Marktwirtschaft erhält, daß sie die private Vermögensbildung über eine Güterhortung allen voran der Betriebe, aber im Prinzip ebenso der Haushalte, nicht zu verhindern vermag¹².

Daraus folgt, daß eine freie Preisbildung weder im Sozialismus noch im Kapitalismus dem ökonomischen System die hinreichende Bedingung für dessen Funktionsfähigkeit liefert. Dieses Postulat weist die neoklassische Ökonomie in die Schranken, weil sie lediglich die Allokationsbedingungen einer Erstausrüstung an Ressourcen klärt, die Bildung dieser Erstausrüstung aber offenlassen muß. Dieser Umstand trifft insbesondere alle Formen des Marktsozialismus, die Planung (als Moment der gesellschaftlichen Aneignung des Zinsanspruchs) und Markt miteinander zu verknüpfen suchen. Denn die keynesianische Kritik der neoklassischen Ökonomie zeigt, daß selbst für den Fall freier Preisbildung, der formal dem Effizienzpostulat genügt, die Zentrale nicht jene Informationen von den Betrieben erhält, die sie für ihre Entscheidungen (z.B. im Rahmen einer über Investitionen gesteuerten Mengenplanung) benötigt. Denn am Bestreben der Betriebe, über eine Güterhortung Vermögenspositionen aufzubauen, ändert sich nichts angesichts des Umstandes, daß Geld(formen) die Vermögensfunktion nicht ausüben. Die Folge ist eine (auch gegenüber einer Planungsökonomie) vollständige Machtlosigkeit der Zentrale, da sie außerstande ist, zwischen objektiver und hortungsbedingter Bereitstellung von Ressourcen zu unterscheiden. Damit aber scheitert die Zentrale an der Unmöglichkeit einer Planung des Produktionspotentials, in dessen Rahmen den Betrieben die Realisierung ökonomischer Effizienz obliegt.

Die keynesianische Ökonomie zeigt mithin, daß eine Preisbildungsreform, die diesbezüglich die Autonomie der Betriebe wahrt, die Etablierung der Kohärenzfunktion des Geldes verlangt. An die Stelle der Planungsökonomie tritt die Geldökonomie, an die Stelle der Planungspolitik die Geldpolitik. Nur in diesem Rahmen läßt sich ein *Pluralismus der Organisationsformen* realisieren, auf den das Konzept der Perestrojka so vehement rekurriert. Es macht die Tragödie dieses Konzeptes aus zu unterstellen, daß sich ein Pluralismus der Organisationsformen unter der Ägide einer Planwirtschaft, die das Kostendeckungsprinzip zur Norm erhebt, durchsetzen kann.

III. Innovation und Sozialismus

Fraglos hat sich die in den beiden letzten Jahrzehnten abnehmende Innovationskraft als die eigentliche Achillesferse des »real existierenden« Sozialismus erwiesen. Die Niederlage in der Systemkonkurrenz drückt sich dabei in einer abnehmenden Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt aus, die insofern entscheidend auf den Lebensstandard in den sozialistischen Ländern zurückwirkt, als sie das Austauschverhältnis zwischen exportierten und importierten Gütern (sog. terms of trade) verschlechtert. Dieses Phänomen trifft auch dann das Selbstverständnis des Sozialismus, wenn man ihm wie von der keynesianischen Ökonomie eine eigenständige Qualität bestreitet, es vielmehr als Folge der Funktionsbedingungen einer Planungsökonomie, die auf ökonomische Ineffizienz und Mangelwirtschaft angelegt ist, diagnostiziert (siehe z.B. Heinsohn/Steiger 1981). Denn es entspricht dem Selbstverständnis des Sozialismus, von der ökonomisch-technischen Entwicklung eine Überwindung der Mangelwirtschaft (und der mit ihr verknüpften Ineffizienz der Ökonomie) zu erwarten.

Erst allmählich, wenn auch mit steigender Kraft, setzt sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durch, daß ökonomisch-technische Entwicklung die Mangelwirtschaft nicht aufzuheben vermag, die Mangelwirtschaft vielmehr die ökonomische Entwicklung hemmt. Der Abschied von der These einer Überwindung des Mangels durch Entwicklung fällt deshalb schwer, weil eine jahrhundertelange wissenschaftliche Tradition sowie eine jahrzehntelange historische Erfahrung sie zu bestätigen schienen: die auf die klassische Ökonomie zurückgehende und von *Marx* mit Vehemenz verfochtene Theorie einer dem Kapitalismus inhärenten Entwicklung der Produktivkräfte, die unter sozialistischem Vorzeichen in die Vorstellung eines planmäßigen technisch-wissenschaftlichen Fortschritts mündete, wie die in der Nachkriegsepoche registrierten hohen Wachstumsraten des Realprodukts – in sozialistischen wie in kapitalistischen Ländern (siehe zu diesem Punkt die Ausführungen bei Maier (1987), S. 9 ff.). Der Anfang der 70er Jahre einsetzende Bruch dieser Entwicklung hat zwar die reformsozialistische Diskussion entscheidend stimuliert. Dennoch ist diese Diskussion gerade unter dem innovationstheoretischen Aspekt unbefriedigend geblieben. Denn die unbezweifelbare Diagnose eines Konnexes von Ineffizienz und mangelnder Innovation hat allzusehr den Umkehrschluß provoziert, daß sich mit ökonomischer Effizienz auch Innovation durchsetzt. Es handelt sich jedoch nur um eine notwendige, nicht um eine hinreichende Bedingung. Allokative Effizienz und evolutorische Dynamik sind nicht aneinander gekoppelt. Das zeigen ökonomische Theorie und historische Erfahrung. So weisen zahlreiche Länder eine Marktverfassung auf, die ein entsprechend effizientes Wirtschaften bewirkt, ohne daß sie jene kapitalistische Dynamik entfalteteten, die *Marx* so gefeiert hat.

Mann kann sogar den kapitalistischen Weltmarkt dichotomisch fassen, indem man den dynamischen Industrieländern – der Ersten Welt – die stagnierenden Entwicklungsländer – die Dritte Welt – gegenüberstellt. Auf diesem Weltmarkt haben die sozialistischen Länder – als Zweite Welt – schon bisher kaum mehr als eine Nebenrolle gespielt. Um so mehr ist zu erwarten, daß die Reformen in den sozialistischen Ländern von den Funktionsbedingungen des Weltmarktes her gesehen die weitere Existenz einer Zweiten Welt ausschließen, diese Länder somit entweder den Status eines Industrielandes oder eines Entwicklungslandes erhalten. Das führt dazu, daß sich die sozialistischen Länder der Realität eines Weltmarktes anzuliefern haben, der durch die Dominanz der Industrieländer charakterisiert ist.

Diese Perspektive erhält fundamentale Bedeutung dadurch, daß sie einer reformsozialistischen Diskussion den Boden entzieht, die, fixiert auf die Ökonomie der Ersten Welt, von der Entfaltung der Marktkräfte über kurz oder lang deren Status erwartet. Der Irrtum, daß der Markt von seinen inneren Funktionsbedingungen her quasi automatisch Entwicklung initiiert, erhält Brisanz dadurch, daß nicht Entwicklungsmöglichkeiten die Systemkonkurrenz entscheiden. Eine Niederlage in der Systemkonkurrenz resultiert nicht notwendigerweise daraus, daß kapitalistische Dynamik die Innovationssschranken, die der Planungsökonomie gesetzt sind, zum Einsturz bringt, sondern kann ebenso – und dies ist der wahrscheinlichere Fall – darauf zurückzuführen sein, daß die inneren Funktionsbedingungen der Planungsökonomie der Sy-

stemkonkurrenz nicht standhalten. Ein Blick auf die osteuropäischen Länder in ihrer gegenwärtigen politisch-ökonomischen Verfassung unterstreicht dieses Argument. So sei die Prognose gewagt, daß angesichts ihrer historisch bedingten Ausgangsposition, ihres Entwicklungspotentials wie ihrer Größe, die eine Industrialisierung über westliches Kapital beschränkt, die UdSSR keine Chance hat, Polen, Rumänien und Bulgarien kaum Chancen haben und die DDR, die CSSR und Ungarn bestenfalls gewisse Chancen haben, den Status eines Industrielandes zu erreichen.

In der Fixierung auf den ökonomischen Status der fortgeschrittenen Industrieländer zeigt sich in zweifacher Weise ein methodischer Defekt der reformsozialistischen Diskussion: Zum einen werden Entwicklungsländer zu sehr unter morphologischen Gesichtspunkten wie niedriges pro-Kopf-Einkommen, rohstofforientierte Produktion, mangelnde Infrastruktur etc. analysiert; damit wird ihre allokationstheoretische Affinität zu sozialistischen Ländern übersehen. Zum anderen werden die (vom Weltmarkt gesetzten) Bedingungen der Überwindung von Unterentwicklung unterschätzt, indem – hier zeigt sich das Erbe der Entwicklungstheorie der klassisch-marxistischen Ökonomie – eine durch den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt objektivierte Evolution hypostasiert wird.

Der allokationstheoretische Kern eines Weltmarktes, der durch die Dichotomie von Industrie- und Entwicklungsländern bestimmt wird, basiert auf Lohndifferentialen¹³. Internationale Arbeitsteilung bedeutet dann, daß ein Industrieland Güter mit einer Technologie, die eine hohe Arbeitsproduktivität impliziert (High-Tech), ein Entwicklungsland Güter mit einer Technologie, die eine niedrige Arbeitsproduktivität impliziert (Low-Tech), herstellt. Für das Austauschverhältnis weltmarktfähiger Güter bedeutet dies einen Wohlfahrtsexport des Entwicklungslandes, indem es Güter billig exportiert und teuer importiert. Man spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die Entwicklungsländer als *verlängerte Werkbank* der Industrieländer fungieren – ein Terminus, der darauf hinweist, daß eine derartige internationale Arbeitsteilung überwiegend mit Kapital aus den Industrieländern finanziert wird. Die Finanzierungsmodalitäten sind aber nicht entscheidend; wichtiger ist die beobachtbare Tendenz zu einer Verschärfung dieser Form der internationalen Arbeitsteilung, deren deutlichstes Kennzeichen steigende Agrarimporte der Entwicklungsländer sind. Der allokationstheoretische Nukleus dieser Tendenz besteht dabei darin, daß ein Entwicklungsland das, was es produziert, exportiert, während es das, was es verbraucht, importiert. Eine derartige Marktconstellation bildet quasi den marktlogischen Schlußpunkt dieser Tendenz – und stellt damit den Idealtypus einer verlängerten Werkbank dar.

Dieser allokationstheoretische Kern eines Entwicklungslandes weist auf die Affinität zu sozialistischen Ländern hin. So hat die Stagnation der sozialistischen Ökonomien in den beiden letzten Jahrzehnten die Lohndifferentiale zu den Industrieländern erhöht und damit deren Ausgangsposition für eine fortschreitende Integration in die internationale Arbeitsteilung erheblich verschlechtert. Zwei Aspekte unterstreichen dabei die Affinität zu Entwicklungsländern. Zum einen existieren wie in diesen keine eigenständigen Märkte, deren Entfaltung den Anschluß an die Industrieländer allen voran durch die Bildung von (Massen-)Kaufkraft ermöglichen würde. Diesbezüglich

weist die neoklassische Kritik zu Recht auf die Notwendigkeit der Schaffung entsprechender Angebotsbedingungen einschl. einer entsprechenden Geldverfassung hin. Zum anderen impliziert das Beharren auf einem reformierten Sozialismus eine Zementierung der gegenwärtigen Struktur der internationalen Arbeitsteilung mit ihrem Technologie- und Lohngefälle zuungunsten der sozialistischen Länder¹⁴ – eine Bedingung, die eigenartigerweise kaum thematisiert wird, obwohl sie in der Begründung eines Reformsozialismus (beispielsweise in der Auffassung vom Kapitalismus als »Ellbogengesellschaft«) in aller Deutlichkeit anklingt.

Auf einem Weltmarkt, der durch die Dichotomie von Industrie- und Entwicklungsländern bestimmt wird, erfolgt ein Innovationsschub stets als eine *nachholende Entwicklung* gegenüber fortgeschritteneren Ländern. Die Wirtschaftsgeschichte demonstriert dabei nachdrücklich, daß erst die Etablierung ganz bestimmter, unverwechselbarer Marktconstellationen Entwicklung ermöglicht. So zeigen die Beispiele geglückter Entwicklung wie Japan (mit seiner nachholenden Entwicklung gegenüber Europa) und der ostasiatischen Schwellenländer (mit ihrer nachholenden Entwicklung gegenüber Japan), daß die Marktconstellation hoher Investitionen und hoher Exporte die Entwicklungsbedingungen charakterisiert. Sie impliziert zugleich eine Beschränkung der Importe auf die Stützung dieser Marktconstellation und ein (temporäres) Niedrighalten der Massenkaufkraft.

Entwicklung verlangt damit eine simultane Eroberung von Weltmärkten und Entfaltung von Binnenmärkten. Eine bloße Exportstrategie ist nicht hinreichend, weil sie zugleich den Importdruck verstärkt und damit die Gefahr in sich birgt, daß der Innovationsschub sowohl über Kapalexporte als auch über Vermarktung der Produkte den Industrieländern selbst zugutekommt. In diesem Fall erreicht das betroffene Land statt Entwicklung lediglich, daß es zur verlängerten Werkbank von Industrieländern wird. Eine bloße Binnenmarktentwicklung ist wiederum nicht hinreichend, weil sie, auch wenn sie nicht unmittelbar in einer Inflation endet, einen Importüberschuß bewirkt, der entweder in einer Abwertungsspirale mündet (und dadurch die Inflation anheizt) oder zu einer Verschuldung führt, die statt zu einer Entwicklung zu einer Abhängigkeit von den Industrieländern führt.

Ohne Entwicklungsbereitschaft ist Entwicklung nicht möglich. Entwicklungsbereitschaft aber äußert sich nicht, wie es der angebotsorientierte Ansatz will, in den Produktivkräften der Menschen, ihren technisch-wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Momenten, sondern schlicht und einfach in hohen Exporten, in denen sich der Drang auf den Weltmarkt ausdrückt, und in hohen Investitionen, die die Voraussetzung dafür bilden, daß sich die Produktivkräfte zu entfalten vermögen.

Es müssen Zweifel angemeldet werden, ob die sozialistischen Länder in einer überschaubaren Zukunft in der Lage sein werden, eine derartige Marktconstellation zu realisieren, zumal sie gegen die Konkurrenz der exportorientierten Industrie- und Schwellenländer auf dem Weltmarkt durchzusetzen wäre. Hinzu kommt, daß ihr gravierende binnenwirtschaftliche Hemmnisse entgegenstehen, die auch bei einer Zentralisierung der Ökonomie nicht leicht zu überwinden sein werden.

Dabei ist die Beibehaltung von Marktbeschränkungen in den Kontext einer allgemei-

nen Entwicklungsbereitschaft zu stellen. Existiert diese, so bilden Marktbeschränkungen keineswegs, wie es die herrschende liberale Theorie will, ein Entwicklungshemmnis, sondern umgekehrt eine unabdingbare Voraussetzung der Durchsetzung der Evolution¹⁵. Die Frage, ob Marktbeschränkungen – als selektiver Protektionismus durch eine Zollpolitik, als globaler Protektionismus durch eine Einschränkung der Konvertibilität der Währung – der einheimischen Wirtschaft einen Schutz vor Weltmarktkonkurrenz oder eine Entwicklungschance liefern, kann nicht die ökonomische Theorie beantworten. Protektionismus kann beides bewirken: Fehlt die Entwicklungsbereitschaft, so übt er eine Schutzfunktion aus, existiert eine Entwicklungsbereitschaft, so stellt er eine Entwicklungschance dar.

IV. Der Fall der DDR

Damit schließt sich der Bogen zu den Funktionsbedingungen einer Planungsökonomie. Vierzig Jahre Sozialismus haben dabei nachdrücklich dokumentiert, daß sich innerhalb einer Planungsökonomie eine (in den sozialistischen Ländern überwiegend vorhandene) Entwicklungsbereitschaft nicht zu entfalten vermochte – insbesondere Ineffizienz und Mangelwirtschaft in immer stärkerem Maße auf den Entwicklungsprozeß zurückwirkten, als das Entwicklungspotential der Nachkriegsepoche ausgeschöpft worden war. Insoweit muß dem angebotsorientierten Ansatz zugestimmt werden, daß sich ein Entwicklungspotential nur in einer Marktverfassung durchzusetzen vermag, weil Entwicklung stets auch Entfaltung von Märkten bedeutet. Aber es handelt sich lediglich um eine notwendige, nicht um eine hinreichende Bedingung. Denn die Existenz einer Marktverfassung schließt Stagnation nicht aus. Deshalb bildet westliches Kapital, so sehr es die Entwicklung der östlichen Länder zu unterstützen vermag, nicht die Schlüsselgröße ökonomischer Evolution. Denn westliches Kapital schließt nicht aus, daß an die Stelle der Planungsökonomie eine stagnierende marktorientierte Geldökonomie tritt, schließt vor allem nicht aus, daß die östlichen Länder zur verlängerten Werkbank der »fortgeschrittenen« westlichen Länder werden. Diese spezifischen Eigenschaften marktvermittelter Ökonomien kann ein Ansatz nicht erfassen, der ausschließlich Angebotsbedingungen ins Zentrum der Analyse rückt. Der monetäre Keynesianismus erhält denn auch seinen entwicklungstheoretischen Gehalt dadurch, daß er Angebotsbedingungen lediglich als notwendige Bedingung einer Entfaltung der Marktkräfte, die selbst nachfragebestimmt sind, begreift. Dadurch werden, wie gezeigt wurde, Investition und Export zu Schlüsselgrößen von Entwicklung. Zugleich zeigt sich, daß die Schwäche des angebotsorientierten Ansatzes darin liegt, die Ökonomie der Entwicklung auf die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen zu beschränken und dann der Selbstentfaltung der Marktkräfte zu vertrauen. Er hat deshalb auch niemals verstanden, warum sich in den Entwicklungsländern nicht jener Unternehmergeist entfaltet, der Entwicklung voranzutreiben vermag. Unter diesen Auspizien sind die Möglichkeiten der DDR zu prüfen, den Entwicklungsstatus der fortgeschrittenen Industrieländer zu erreichen. Dabei muß der herr-

schenden Diskussion in Ost wie in West vorgehalten werden, daß sie überwiegend Entwicklung an eine Verbesserung der Angebotsbedingungen bindet – gleichgültig, ob in einem planwirtschaftlichen oder in einem marktwirtschaftlichen Kontext. Das zeigt sich nachdrücklich daran, daß die Frage nach der Ausgestaltung einer *Geldverfassung*, die den Funktionsbedingungen einer Geldökonomie genügt, in dieser Diskussion deutlich zurücktritt.

Das demonstriert insbesondere die Ablehnung einer *Währungsreform*. Ihre Notwendigkeit wird angesichts ihres unbezweifelbaren harten Eingriffs in die Vermögensposition der Individuen deshalb bestritten, weil für die DDR der (ein Inflationspotential bildende) Geldüberhang nicht erheblich sei und aus diesem Grunde das Hineinwachsen eines sich entfaltenden Angebots in den vorhandenen Geldmantel zweckmäßig sei. Der fundamentale Irrtum, der dieser oder einer ähnlichen Diagnose zugrunde liegt, besteht darin, die Unumgänglichkeit einer Geldverfassung zu ignorieren, die den Geldmantel so knapp hält, daß er den Rahmen für eine Entfaltung der Marktkräfte abgibt. Die Aporie des angebotsorientierten Ansatzes besteht deshalb darin, eine Entfaltung der Marktkräfte vorauszusetzen, die erst eine entsprechende Geldverfassung ermöglicht.

Den allokationstheoretischen Nukleus liefert dabei keineswegs, wie es eine populäre, von der (neo)klassischen Gütermarkttheorie bestimmte Position will, ein im Verhältnis zum Geldmantel zu geringes Warenangebot. Entscheidend ist vielmehr allgemein die Existenz einer Vermögensposition, die einem knappen Geldmantel widerspricht¹⁶. Man kann diesen Umstand so ausdrücken, daß die betroffene Währung nicht kontraktfähig ist; am Fall der DDR zeigt sich dies daran, daß die Währung eine bloße Binnenwährung ist und damit keine Verpflichtung der Staatsbank der DDR in ausländischer Währung begründet.

Die Währung der DDR erlaubt mithin keine Vermögenshaltung, aus der sich ein Zinsanspruch ergibt. Das heißt, daß sie keine Geldpolitik zuläßt, die über den Zinssatz eine marktkonforme Vermögenshaltung, die eine Präferenz der Vermögenshaltung in einheimischer Währung begründet, bewirken könnte¹⁷. Zum einen schließt dies die Stabilisierung eines Wechselkurses aus, der das Austauschverhältnis zwischen DDR-Mark und Deutscher Mark sichert. Zum anderen ist die Möglichkeit einer Unterbewertung der Währung ausgeschlossen, die, wie sich am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (wie später Japan) nachdrücklich gezeigt hat, eine notwendige Bedingung interner Akkumulation bildet.

Der Verzicht auf eine marktkonforme Geldpolitik bedeutet, daß Geld nicht die Kohärenz des ökonomischen Systems begründet. Diese Funktion kann lediglich eine Mengenplanung der Zentrale ausüben – oder es bietet sich als kapitalistische Alternative eine analog zu den Entwicklungsländern durch Inflation ausgehöhlte Geldwirtschaft an, deren Knappheitsbedingungen durch eine ausländische »harte« Währung und damit über den Schwarzen Markt reguliert werden. Damit erscheint erneut das oben skizzierte Szenario eines ökonomischen Systems, das durch den Dualismus von Planungsökonomie und defekter Geldökonomie gekennzeichnet ist, auf der Bildfläche. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß wie in allen sozialistischen Ländern

auch in der DDR derzeit die Ökonomie durch eine derartige duale Marktconstellation gekennzeichnet ist. Ihr Merkmal ist eine mehr schlecht als recht funktionierende Planungsökonomie, über die eine durch die Deutsche Mark als Zweitwährung gesteuerte Schattenökonomie gespeist wird.

Ein derartiger Dualismus läßt sich nicht ohne Währungsreform beseitigen, weil sie allein eine Geldpolitik zu praktizieren erlaubt, die der Geldfunktion Marktconformität gibt. Ohne Währungsreform bleibt für die DDR lediglich die Alternative der Beibehaltung der Planungsökonomie, wobei dann wie bisher die Mengenplanung der Zentrale die Kohärenz des ökonomischen Systems gewährleistet, und einer sukzessiven Durchsetzung der Deutschen Mark, die dann mittelbar oder unmittelbar die Kohärenzfunktion ausübt. Im ersten Fall wird die DDR notwendigerweise zur verlängerten Werkbank der Industrieländer – was, methodisch gesehen, bedeutet, daß der in Ost und West dominierende angebotsorientierte Reformansatz ohne begleitende Währungsreform genau dieses allokativeresultat zeitigt¹⁸. Im zweiten Fall wird – im Sinne der Umkehrung des Greshamschen Gesetzes – sukzessive die Mark der DDR durch die Deutsche Mark ersetzt. Das preistheoretische Kriterium bildet dabei ein fortschreitender Verfall des (Schwarzmarkt-)Kurses der DDR-Mark, wobei der Endpunkt dieses Prozesses dann erreicht ist, wenn Lohnkontrakte in Deutscher Mark abgeschlossen werden (müssen)¹⁹.

So das Szenario, das den methodischen Linien der Theorie der Geldwirtschaft folgt. Die spezifischen Bedingungen der DDR, die dank der offenen Grenze zur Bundesrepublik Deutschland durch eine im Vergleich zu allen anderen – kapitalistischen wie sozialistischen – Ländern niedrige Mobilitätsschranke für Arbeit gekennzeichnet sind, lassen es jedoch fraglich erscheinen, ob selbst der Fall, daß eine Währungsreform die Geldfunktion einer DDR-Mark sichert, der DDR ökonomische Selbständigkeit garantiert – zumal sich die Lohndifferentiale durch die Notwendigkeit einer Unterbewertung der Währung als Bedingung interner Akkumulation (wie hoch auch immer ein begleitender Kapitalimport sein mag), noch verstärkt. Deshalb spricht vieles dafür, daß das Beispiel Österreichs, das ökonomische (und entsprechend politische) Selbständigkeit mit der Bindung seiner Währung an die Deutsche Mark zu vereinbaren vermochte, für die DDR nicht wiederholbar ist. Deutsche Einheit würde dann bedeuten, daß beide Staaten jenseits politischer Selbständigkeit über eine einheitliche, von der Deutschen Bundesbank gesteuerte Währung verfügen. Diese Einheit bildet damit die Voraussetzung einer kapitalistischen Dynamik, die einen Anschluß der DDR an die führenden Industriestaaten gestattet.

Anmerkungen

- 1 Bezeichnenderweise lieferte Eucken der Faschismus das Vorbild zur Modellierung einer zentralgeleiteten Verwaltungswirtschaft – wobei die Übertragung auf den Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg allen voran durch die Berliner (Thalheim-)Schule in einer ökonomischen Version der Konzeption des Totalitarismus mündete.
- 2 So kann insbesondere die Produktionsmitteleigenschaft des Kapitals keinen Zinsanspruch begründen.

- 3 Der Anspruch der monetären keynesianischen Ökonomie, eine angemessene, auf Privateigentum rekurrierende Zinstheorie zu liefern, resultiert dabei aus der Überlegenheit gegenüber alternativen Theorien. In diesem Theorienstreit wird der neoklassischen Ökonomie vorgehalten, daß sie den Zinsanspruch allein aus intertemporaler Allokation (und damit einer entsprechenden Verfügung über Güter und Ressourcen) zu deduzieren vermag, während der klassischen Ökonomie vorgehalten wird, daß sie zwar logisch einwandfrei den Zinsanspruch aus Eigentum in die Allokationstheorie einbettet, die Fassung des Zinses (alias des Profits) als Surplus jedoch in Widerspruch zum unterstellten Konkurrenzmechanismus gerät.
- 4 Die Gegenüberstellung von Geldwirtschaft und Planwirtschaft hat zur Konsequenz, daß es sich in beiden Fällen um Marktwirtschaften (mit unterschiedlichen Allokationsmechanismen) handelt – ein Postulat, dem angesichts des »real existierenden« Sozialismus Evidenz nicht abzuspochen ist.
- 5 Der Frage der geringen Innovationskraft im Sozialismus wird ein gesondertes Kapitel gewidmet.
- 6 Ihr entspricht auf der Faktorebene eine leistungsbezogene Entlohnung.
- 7 Sie besteht nur für den Fall eines vollständigen Gleichgewichts, bei dem die Preise nicht nur den Grenzkosten, sondern auch den Durchschnittskosten entsprechen.
- 8 Dann liegen die Preise über den (Durchschnitts-)Kosten. Liegen die Preise unter den Kosten, so wird langfristig die Produktion eingestellt. Negative Quasirenten sind somit ein kurzfristiges Phänomen.
- 9 Diesen Zusammenhang vermag die herrschende, durch die neoklassische Ökonomie geprägte Orthodoxie nicht zu erfassen, indem sie, wie sich nachdrücklich bei Kornai zeigt, Ineffizienz und Mangel in gleicher Weise auf eine Fehlallokation zurückführt. Aber eine Fehlallokation berührt das (für die neoklassische Ökonomie konstitutive) Vollbeschäftigungspostulat nicht und bietet deshalb auch keine Erklärung für Überschuß und Mangel. Siehe Kornai (1986).
- 10 Demgegenüber kennt die neoklassische Ökonomie die ausschließliche Existenz von Ressourceneinkommen (einschließlich aus intertemporaler Allokation) – der allokationstheoretische Ausdruck dafür, daß sie die Eigentumsfrage aus der Ökonomie ausblendet.
- 11 Darauf hat Lohmann, wenn ich es recht sehe, als erster aufmerksam gemacht. Siehe Lohmann (1985).
- 12 Allerdings bleibt davon die Möglichkeit der gesellschaftlichen Aneignung oder, allgemeiner formuliert, der Eliminierung des Zinsanspruchs unberührt.
- 13 Lohndifferentialiale stehen dabei für Ressourceneinkommen, deren geringeres Niveau im Entwicklungsland nicht nur durch die niedrigere Arbeitsproduktivität, sondern auch durch den höheren Zinsanspruch, der wiederum in die Industrieländer transferiert wird, bestimmt wird.
- 14 Die mit viel Aplomb propagierten joint ventures bedeuten eine solche Zementierung, da die herrschenden Angebotsbedingungen das Schwergewicht der Vermarktung der Produkte in kapitalistischen Ländern verlangen. Sie stellen denn auch das Musterbeispiel einer verlängerten Werkbank der Industrieländer dar, die sich im übrigen nahtlos als Inseln der Effizienz in eine Planungsökonomie integrieren lassen.
- 15 Marktbeschränkungen haben lediglich aus einer allokativen Perspektive ein eindeutig negatives Vorzeichen, weil sie einen effektiven Einsatz der Faktoren behindern. Aus einer evolutionstheoretischen Sicht aber rechtfertigt sich Protektionismus dadurch, daß er Produktivkräfte zu entwickeln vermag, deren Stand die Allokationstheorie bereits voraussetzt. Das formale Argument lautet, daß ein fehlender internationaler Faktorpreisausgleich eine Angleichung der Faktorpreise über Entwicklung notwendig macht.
- 16 Diese Marktconstellation eines im Verhältnis zum Geldmantel zu geringen Warenangebots charakterisiert den Fall einer unterdrückten Inflation, der sich damit lediglich als Spezialfall eines Knappheitsbedingten verletzenden Geldsystems erweist.
- 17 Voraussetzung ist dabei keineswegs die vielbeschworene Konvertibilität der Währung, die – wie auch in kapitalistischen Ländern – bestenfalls der Schlußpunkt der Etablierung einer Währung mit marktconformer Vermögenshaltung ist.
- 18 Dabei beharrt die östliche Version des angebotsorientierten Ansatzes auf den Funktionsbedingungen der Planungsökonomie, während die westliche Version die sukzessive Durchsetzung der Deutschen Mark impliziert.
- 19 Der Prozeß folgt dabei den Allokationsbedingungen einer fortschreitenden Inflation, die in einer Hyperinflation endet, wobei sich in diesem Fall die Inflationsrate in der Wechselkursänderung ausdrückt.

Literatur

- Dembinski, P. H. (1988): Quantity versus Allocation of Money: Monetary Problems of the Centrally Planned Economics Reconsidered, *Kyklos*, 41, S. 281-300.
- Eucken, W. (1940): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena.
- Heinsohn, G./Steiger, O. (1981): Geld, Produktivität und Unsicherheit in Kapitalismus und Sozialismus, *Leviathan*, 9, S. 164-194.
- Kornai, J. (1986): The Hungarian Reform Process: Visions, Hopes, and Reality, *The Journal of Economic Literature*, 24, S. 1687-1737.
- Kornai, J. (1988): Individual Freedom and Reform of the Socialist Economy, *European Economic Review*, 32, S. 233-267.
- Lohmann, K.-E. (1985): *Ökonomische Anreize im Staatssozialismus*, Berlin
- Maier, H. (1987): *Innovation oder Stagnation*, Köln